



3.
Unterrichtseinheit:
Vom Leerstand zum
Jugendzentrum

Die Gemeinde und ihre Bürger

Dozent: Armin König

FHSV



Hinführung

Kann man Jugendliche aktivieren?

Zu den unausrottbaren Vorurteilen der Politik und oft auch der Verwaltung gehört die Annahme, Jugendliche seien kaum oder überhaupt nicht für politische Fragen zu aktivieren.

Nach allen Erfahrungen, die ich in den letzten Jahren gemacht habe, halte ich dies für einen Trugschluss. Ob Jugendliche zu motivieren und zu aktivieren sind, hängt entscheidend davon ab, ob das Thema sie persönlich interessiert, wie sie angesprochen werden und ob sie auf Augenhöhe mit Politik und Verwaltung agieren können.

Dazu gehören Offenheit, Fairness und die Chance, dass junge Menschen ihre Ideen nicht nur äußern, sondern auch umsetzen können.

Traditionelle Instrumente und Muster der Politik sind nicht unbedingt geeignet, Jugendliche zu aktivieren und zu motivieren. Wissenschaftler, die sich auf Partizipation junger Menschen spezialisiert haben, empfehlen den Einsatz neuer Instrumente und neuer Medien.

In Illingen ist es gelungen, trotz massiver Hindernisse das Interesse an einem neuen Jugendzentrum über mehr als ein dutzend Jahre wach zu halten und schließlich zu einem Erfolg zu gelangen.

Jugend braucht Räume

Katrin Himmel hat in einer Studie zur „Verbesserung der Lebensqualität Jugendlicher in ländlichen Regionen durch jugendfreundliche Dorfentwicklung“ (2007) festgestellt, dass es in den Städten und Gemeinden zahlreiche Defizite in der Jugendpolitik gibt.

Es fehlt an Freizeitmöglichkeiten und Treffpunkten für junge Menschen. Oft haben Jugendliche keine Chance, Freizeitmöglichkeiten und Treffpunkte in anderen Orten zu nutzen, weil es an Fahrgelegenheiten mangelt. Die Mobilitätschancen sind eingeschränkt.

Auffällig ist, dass vor allem spezielle Angebote für Mädchen fehlen und dass dies als unbefriedigend wahrgenommen wird. Schließlich stellt Katrin Himmel fest, dass die Situation für die Jugendlichen alles andere als paradiesisch ist. Beklagt wird eine unzureichende Integration der Jugendlichen in die Dorfgemeinschaft, unzureichende Beteiligungsmöglichkeiten an Gemeinde-Entscheidungen und der Trend, dass man den jungen Menschen keine Spiel- und Entfaltungsräume zugesteht.

Das ist ein Manko, das ernst genommen werden muss. Junge Menschen brauchen Erfahrungsräume, in denen sie nicht von Erwachsenen gegängelt werden. Deshalb spielt in Städten und Gemeinden auch immer wieder die Frage eine Rolle, ob und wo Jugendzentren in Selbstverwaltung errichtet werden (können).

Katrin Himmel empfiehlt,

- die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen zu verbessern und
- bei der räumlichen Planung „Möglichkeiten der Kommunikation, Selbstdarstellung, Bewegung und Interaktion mit anderen“ (2007: 48) vorzusehen.

Ähnlich argumentiert Andreas Feldtkeller aus Tübingen. Sein Ideal ist die vitale Stadt. Für ihn ist dies eine Stadt, die lebt, „in der nicht Ruhe und unbegrenzte Mobilität“ der Autofahrer entscheidend sind, sondern Umtriebigkeit und die Nutzung von Räumen. Dort dürfen Kinder und Jugendliche „ihren eigenen Lärm machen“, auch wenn dies störend angesehen wird.

Vom Rand in die Mitte gerückt, auch wenn's mal lauter wird

Autonome Räume spielen also eine wichtige Rolle in einer Stadt oder Gemeinde, die für Jugendliche interessant ist.

Das kann zu Konflikten führen, etwa in City- bzw. Kernbereichen. Eine attraktive Gemeinde muss lebensfrohe junge Menschen nicht nur aushalten, sie muss ihnen Raum lassen und Räume geben.

Die Politik neigt dazu, Jugendlichen Räume in Randbereichen zuzugestehen. Das ist die falsche Strategie, sagt beispielsweise die rheinland-pfälzische Landesregierung. Sie empfiehlt, Jugendlichen auch Räume in zentraler Lage anzubieten – also mittendrin im dörflichen oder städtischen Leben.

Es komme nicht auf die Wünsche von Erwachsenen nach Ruhe und Ungestörtheit an, wie Katrin Himmel sagt, sondern auf die Erlebnis-, Kommunikations- und Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen.

Konflikte sind dabei nicht auszuschließen, sagen die Experten, aber solche Konflikte muss die Gesellschaft aushalten, wenn sie Zukunft haben will.

„Jugendliche interessieren sich nicht für Politik“

Wolfgang Gaiser, Martina Gille und Johan de Rijke haben die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Politik untersucht. Auch sie kennen die Vorurteile, dass junge Menschen null Bock auf Politik und Mitgestaltung haben. Und so geht ihre Eingangshypothese davon aus, dass „Politik neben Kunst, Kultur und Religion zu den weniger bedeutsamen Lebensbereichen für junge Menschen“ gehört. Das hat sich so aber nicht bestätigt. Trotz eines eher niedrigen Interesses junger Menschen an Politik kommen sie zum Schluss, dass man insgesamt „nicht von einem Verfall des politischen Interesses oder des politischen Engagements bei Jugendlichen sprechen“ kann – und das gilt immerhin für die letzten 15 Jahre.

Die Lage ist also besser als die gefühlte Stimmung.

Für die Parteien ist das aber kein Trost. Denn an aktiver Parteilarbeit, Mitarbeit in politischen Gremien oder gar der Übernahme von Ämtern haben nur jeweils 2 Prozent der Jugendlichen Interesse. Was ihnen dagegen gefällt, sind spannende Projekte.

Jugend braucht neue Formen der Kommunikation und der Beteiligung

Die Partizipation von Jugendlichen bietet Chancen für aktive politische und gesellschaftliche Beteiligung, wenn junge Menschen ihr Lebensumfeld selbst gestalten können und wenn die lokale Gemeinschaft ihnen Freiräume ermöglicht. Stärker als bisher soll neben reinen Jugendprojekten auch Generationen übergreifende Partizipation forciert werden.

Vermittlungsprozesse müssen modernisiert werden. Das bedeutet, dass auch das Social Web (Facebook, WKW, Twitter) einbezogen wird in die Kommunikation.

Bisher fehlt es Politik und Verwaltung vielfach an der Bereitschaft und an Kompetenzen, solche neuen Formen der Partizipation und der Kommunikation aktiv zu unterstützen. Dies wäre aber lohnenswert.

Die Ergebnisse der Jugendforschung belegen:

Partizipation junger Menschen ist nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich und offenkundig auch Erfolg versprechend.

Vom Leerstand zum Illinger JUZ: Partizipative Politik als Chance für junge Menschen

Armin König

Erstmals veröffentlicht in SKZ 11/2009

Notwendigkeit jugendfreundlicher Gemeindeentwicklung

Dass demographischer Wandel unmittelbar mit Generationenpolitik zusammenhängt, ist evident und braucht nicht gesondert begründet zu werden. Das betrifft einerseits die Gruppe älterer Menschen und deren Bedürfnisse. Andererseits dürfen im Zuge der demographischen Entwicklung auch die Jugend-Interessen nicht vernachlässigt werden.

Die Alterung der Gesellschaft könnte zwar dazu motivieren, den politischen Schwerpunkt künftig auf Seniorenpolitik zu legen, zumal dort das größte Stimmenpotenzial zu erwarten ist. Ich möchte aber an dieser Stelle dafür plädieren, beim demographischen Wandel auch der Jugendpolitik einen besonderen Stellenwert zu geben.

Ungeachtet des demographischen Trends haben Kommunen die Chance, durch jugendfreundliche Gemeindeentwicklung auch für junge Menschen attraktive Lebensbedingungen zu schaffen und damit die gemeindlichen Zukunftsperspektiven zu optimieren.

Himmel hat in einer Studie zur „Verbesserung der Lebensqualität Jugendlicher in ländlichen Regionen durch jugendfreundliche Dorfentwicklung“ (Himmel 2007) festgestellt, dass in diesem Bereich zahlreiche Defizite gibt. Das betrifft Freizeitmöglichkeiten und Treffpunkte für junge Menschen, Mobilitätschancen für nicht motorisierte Jugendliche, aber auch die „Integration der Jugendlichen in die Dorfgemeinschaft“ (Himmel 2007:31) und ihre Einbindung in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse. Problematisiert wird, dass spezielle Angebote für Mädchen fehlen. Schließlich wird festgestellt, dass die Partizipation von Jugendlichen in den untersuchten Gemeinden „insgesamt als defizitär bezeichnet werden“ (Himmel 2007:37) müsse, weil sie nicht kontinuierlich erfolge. Himmel empfiehlt deshalb die Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher zu verbessern, bei der räumlichen Planung Möglichkeiten der „Kommunikation, Selbstdarstellung, Bewegung und Interaktionen mit anderen“ (Himmel 2007: 48) vorzusehen.

Fallstudie JUZ Illingen: Vom Bohren dicker Bretter

Illingen hat aus der Vergangenheit vielfältige Erfahrungen mit der Partizipation Jugendlicher. Diese war nicht immer konfliktfrei, hat aber seit Gründung des Jugendzentrums JUZ eine institutionelle Basis gefunden, die Teilhabe und Selbstbestimmung auf

unterschiedlichen Ebenen erlaubt. Am Beispiel des neuen Jugendzentrums soll dargestellt werden, wie trotz großer Hindernisse ein wichtiges Projekt kooperativ realisiert wurde. Das Bohren dicker Bretter hat sich am Ende für alle gelohnt.

Partizipation zwischen Euphorie und Enttäuschung

Seit 1995 wurde in Illingen über eine dauerhafte Unterbringung des Jugendzentrums diskutiert. Das Thema spielte im ersten Bürgermeister-Urwahlkampf 1995/96 eine wichtige Rolle und wurde auch in den Folgejahren mehrfach aufgegriffen. Dabei ging es um drei wesentliche Themen: Die Bereitschaft, Jugendlichen die Chance zu einem selbstverwalteten Jugendzentrum zu geben, die Standortfrage und die Frage der partizipativen Planung.

Das Jugendzentrum Illingen e.V. entstand 1996 aus der „Initiative Jugendbahnhof“ (<http://venyoo.de/veranstaltungsart/8435/juz-illingen>). Die ursprüngliche Idee, den alten Illinger Bahnhof als JUZ zu nutzen, wurde allerdings verworfen, da der Bahnhof wegen der maroden Bausubstanz abgerissen werden musste.

Stattdessen hatte der Jugendzentrums-Verein mit Unterstützung der Verwaltung die Möglichkeit, einen Rathausanbau in einem ehemaligen Polizeitrakt als JUZ einzurichten. Dies wurde von Anfang an als Provisorium betrachtet, erwies sich aber als langlebige Übergangslösung, die zwölf Jahre JUZ-Domizil sein sollte. Prozesspromotoren für eine Zukunftslösung, die auf Nachhaltigkeit angelegt sein sollte, waren die Jugendlichen im ehrenamtlich organisierten JUZ-Verein und erwachsene Förderer, die in der JUZ-Bewegung sozialisiert worden waren sowie der Bürgermeister.

Intensive politische Diskussionen, an denen auch die Jugendorganisationen der Parteien beteiligt waren, mündeten in die Idee, die alte Gaswerkshalle zwischen kommunalem Bauhof und kommunalem Gaswerk umzubauen und als JUZ und kleine Eventhalle zu nutzen.

Mit einem Workshop kam das Projekt Verlegung des JUZ 2003 schließlich ins Rollen. An diesem Workshop nahmen Jugendliche, Verwaltung und lokale Politik teil. Es folgte ein Treffen der Promotoren mit Professoren des Fachbereichs Architektur der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW), die die Initialzündung für ein Bauprojekt gaben.

Auf Vorschläge der Jugendlichen lobte die Gemeinde Illingen in Kooperation mit dem HTW-Fachbereich Architektur einen Studierendenwettbewerb zur Umgestaltung der alten Gaswerkshalle aus. Der Wettbewerb fand große Aufmerksamkeit in Presse, Öffentlichkeit und lokaler Politik, die Preisträger wurden gefeiert, für den „großen Wurf“ fehlte aber das Geld. Das Projekt drohte zu scheitern. Doch weder JUZ-Verein noch Politik noch Bürgermeister wollten kampflos aufgeben. Alternativen wurden gesucht und gefunden (ein ehemaliges Gewerkschafts- und späteres Geschäftshaus im Zentrum, das zum Verkauf stand) und wegen nicht erfüllbarer Preisvorstellungen wieder verworfen.

Die Beteiligten sahen trotz dieser Enttäuschungen Chancen auf eine Realisierung, weil durch den Workshop eine Vertrauensbasis zwischen Jugendlichen, Erwachsenen aus dem Förderverein, Bürgermeister, Ortsvorsteher, Fraktionen, Jugendpfleger, Bauamtsleiter und Architekten geschaffen war, die zum Weitermachen animierte. Nur wenige Meter vom (verworfenen) Möbelhaus ergab sich in der Poststraße eine neue Chance. Aus dem „alten Arbeitsamt“ wurde organisatorisch die Arbeitsagentur, die zunächst in neue Räume umzog und schließlich den Standort Illingen ganz aufgab. Das „alte Arbeitsamt“ erweiterte zwar die Liste der Leerstände in der Kommune, die JUZ-Promotoren sahen aber dadurch erstmals realistische Zukunftsperspektiven und brachten eine Umnutzung ins Gespräch.

Generationen übergreifende Kooperation als Schlüssel zum Erfolg

Die partizipationserfahrenen Workshopteilnehmer institutionalisierten ihre Kooperation und gründeten unter dem Dach der Gemeinde 2005 die „Kommission neues JUZ“, die sehr motiviert an die Arbeit ging. Ihr gehörten drei Mitglieder des JUZ, drei Mitglieder des Gemeinderats, der Bürgermeister, der Ortsvorsteher, der Jugendpfleger, der Bauamtsleiter und ein Architekt an. Nach der Klärung des Raumbedarfs tauchte wie schon bei der Gaswerkshalle das Finanzierungsproblem auf, das diesmal allerdings mit Hilfe des Förderprogramms Soziale Stadt/lebenswerte Stadtstrukturen gelöst werden konnte.

2006 erfolgte der Durchbruch. Der Gemeinderat fasste den Grundsatzbeschluss für ein neues JUZ in der Poststraße, partizipativ wurde geplant, geändert, revidiert, mit Zuschussgebern verhandelt, bis schließlich das Konzept stand. Positiv vermerkt das JUZ, dass „stets Gemeindemitglieder, Handwerker und auch die JuZler selbst in den gesamten Prozess mit einbezogen [waren], bis im Sommer 2007 die Arbeiten aufgenommen wurden“ (<http://venyoo.de/veranstaltungsart/8435/juz-illingen>). Zwar lief auch weiterhin nicht alles nach Plan, da beispielsweise durch das Nichtraucherschutzgesetz erneute Änderungen notwendig wurden, aber die Gefahr des Scheiterns bestand nun nicht mehr.

Jugendliche selbst aktiv: Ein Musterbeispiel für Sozialkapital

Nachdem von Profis die notwendigen statischen und gebäudetechnischen Änderungen vorgenommen worden waren, konnten die Jugendlichen ab März 2008 selbst aktiv werden. Das war ein Musterbeispiel für Sozialkapital: Die JUZ'ler entfernten Tapeten, vergipsten und verputzten Wände, brachten Farbe auf, engagierten sich bei der Beleuchtungseinrichtung und bei Probenräumen, sorgten für technische Ausrüstung und Internet-Standards. Oft waren sie am Ende ihrer Kräfte, wie sie in ihrer Chronik schrieben, aber sie hatten „die lang ersehnte Eröffnung vor Augen“ (<http://venyoo.de/veranstaltungsart/8435/juz-illingen>) und „rissen sich zusammen“ (a.a.O.). Die Eigenmotivation hatte Erfolg, das JUZ wurde bezogen, und die Beteiligten waren durchweg sehr zufrieden.

Im Fazit der Jugendlichen heißt es: „Man kann also sagen, dass jeder einzelne, der am Aufbau dieses neuen Jugendzentrums beteiligt war, sein bestes gegeben hat, seien es nun die Politiker, die Verwaltung, die Handwerker, die Sponsoren, die vieles erst ermöglicht haben, oder die Jugendlichen selbst. Nicht zu vergessen sind auch das Ministerium für Umwelt und die Europäische Union, die den Umzug mit Fördermitteln ebenfalls unterstützten und ermöglichten. Alles in allem war es ein Gemeinschaftsprojekt, das ohne die Hilfe des anderen nicht funktioniert hätte. Diese Idee, die 12 Jahre lang auf ihre Verwirklichung wartete, konnte nur so realisiert werden.“ (a.a.O.)

Trotz aller Hindernisse, Probleme, Enttäuschungen und Rückschläge wurde das Projekt Jugendzentrum zu einem Erfolg partizipativer Lokalpolitik. Mit dem Demographie- und Zukunftsprojekt „Illingen 2030“ war der Entwicklungsrahmen gegeben, der dem JUZ-Projekt den nötigen Drive und die nötige Begründung gegenüber Ministerien gab.

Lokale Teilhabe der Jugend in Reinkultur

Das JUZ-Projekt bot den Partizipanten Lokalpolitik und Governance-Arrangements in Reinform. Sie mussten Interessen bündeln und artikulieren, Überzeugungsarbeit leisten, Mitstreiter finden, Netzwerke bilden, ihre Kooperation institutionalisieren, Rückschläge verkraften, sich nach drei Kommunalwahlen und zwei Bürgermeisterwahlen jeweils aktuell orientieren und mit neuen Partnern arbeiten und schließlich, als kaum noch mit dem Projekterfolg zu rechnen war, handwerklich arbeiten und organisieren, um möglichst viele neue Jugendliche ans JUZ heranzuführen. Inzwischen hatte ein kompletter Schülerjahrgang das Illtal-Gymnasium durchlaufen, waren drei Grundschul-Generationen zu Heranwachsenden geworden, die über ein dutzend Jahre im Provisorium „Alte Polizei“ auf bessere JUZ-Zeiten hofften. Am Ende hatten die Erfolg, die dicke Bretter bohrten und nie aufgaben und an ihr Ziel glaubten. Mit der tatkräftigen planerischen und handwerklichen Beteiligung brachten die Jugendlichen und ihre ehrenamtlichen Förderer Sozialkapital ein, Verwaltung und Politik ergänzten dies mit (Ver-)Handlungskompetenz, Engagement und Fachwissen. Möglich war dies nur, weil die jeweilige Chefebene in Verwaltung und Politik die hoch motivierten Jugendlichen unterstützten. Die lernten ihrerseits Politik auf der Handlungsebene, nicht aus dem Lehrbuch kennen. Sie wurden mit allem konfrontiert, was Lokalpolitik zu bieten hat und kamen mit Ebenen in Berührung, die sie sonst kaum kennengelernt hätten – bis hin zu Landesministerien und Brüsseler Generaldirektionen. Damit vermittelte das Projekt ganz nebenbei politische Handlungskompetenz. Die Erwachsenen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit erfuhren ihrerseits, dass viele öffentlich vermittelte Jugend-Stereotype falsch oder zumindest tendenziös sind.

Das Projekt verlief nie kontinuierlich, die Komplexität des Projekts sorgte immer wieder für Ausschläge ins Positive und ins Negative. Es gab Brainstorming-Phasen, Euphorie, positive Zwischenergebnisse, Enttäuschungen, weil sich Ergebnisse kreativer Arbeit nicht realisieren

ließen, Rückschläge, Ruhephasen, Hintergrundgespräche, Vermittlungen, Verhandlungen, Überraschungen, emergente Ereignisse, Bündnisse auf Zeit, Planungsphasen, Konsolidierungsphasen, revidierte Planungen, formalisierte und institutionalisierte Projektierungen für Zuschussgeber und schließlich die partizipative Umsetzung der Ideen. Letztlich war das JUZ-Projekt eines der erfolgreichsten und ungewöhnlichsten Partizipationsprojekte der Gemeinde Illingen. Die Beteiligten hoffen, dass es auch zu den nachhaltigsten gehören wird.

Literatur:

- Barber, Benjamin, R. (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch.
- Bischoff, Ariane / Selle, Klaus / Sinning, Heidi (2007): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht über Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Überarbeitete Neuauflage. Dortmund: Rohn-Klewe.
- Böhnisch, Lothar (2008): Lebenslage Jugend, sozialer Wandel und Partizipation von Jugendlichen. In: Ködelpeter, Thomas / Nitschke, Ulrich (Hrsg.): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten: Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 25-40.
- DJI 2005 = Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2005): Governance-Strategien auf kommunaler Ebene. Lokale Netzwerke und kommunalpolitische Steuerung Dokumentation zum Workshop am 8. Und 9. Dezember 2004 in Halle. München: DJI e.V..
- Gaiser, Wolfgang / Gille, Martina / de Rijke, Johann (2006): Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Barbara Budrich.
- Gemeinde Illingen (Hrsg.) (2006): Illingen 2030. Projekt Zukunft. Ideen und Leitlinien der Illinger Gemeindeentwicklung. Illingen.
- Gemeinde Illingen (Hrsg.) (2007): Illingen 2030. Zukunftsprogramm Zwischenbilanz 2007 (ZZB). Illingen.
- Godewerth-Pollmann, Thelse (2007): Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern? Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie. Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
- Grünkern, Susanna / Fraiss, Michael (Hrsg.) (2007): Evaluation der Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen im Rahmen einer Internationalen Jugendkonferenz: durchgeführt für Plan International Deutschland e.V. Hamburg.
- Herlyn, Ulfert / von Seggern, Ille / Heinzelmann, Claudia / Karow, Daniela (2003): Jugendliche in öffentlichen Räumen der Stadt. Chancen und Restriktionen der Raumanneignung. Hrsg. von der Wüstenrot Stiftung. Opladen: VS.
- Himmel, Katrin (2007): Young village - Verbesserung der Lebensqualität Jugendlicher in ländlichen Regionen durch jugendfreundliche Dorfentwicklung. Diplomarbeit am Lehrgebiet Stadtsoziologie und am Lehrstuhl Stadtplanung der Technischen Universität Kaiserslautern.
- Hurrelmann, Klaus (2001): Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2001, S. 3-7.
- König, Armin (2007a): Bürger planen Zukunft im demografischen Wandel. Norderstedt.
- König, Armin (2007b): So wird die Gemeinde zukunftsfähig: Die Krise ist auch Chance. In: Kommunalpolitische Blätter (KOPO), 59. Jg., 04/2007; S. 30-31.

Lender, Robert (2007): Vom Mitreden bis zur Selbstgestaltung. Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Österreich. In: Republik Österreich, Parlamentsdirektion (Hrsg.): Die politische Partizipation Jugendlicher und die Demokratiewerkstatt des Parlaments. Beilage zum Journal für Rechtspolitik Nr. 4/2007. Wien, S. 8-10.

Moser, Sonja (2008): „Partizipation wie wir sie sehen“: Gesellschaftliche Beteiligung aus der Sicht von Jugendlichen. In: Ködelpeter, Thomas / Nitschke, Ulrich (Hrsg.): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten: Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. Wiesbaden: VS. S. 77-86.

Republik Österreich, Parlamentsdirektion (Hrsg.): Die politische Partizipation Jugendlicher und die Demokratiewerkstatt des Parlaments. Beilage zum Journal für Rechtspolitik Nr. 4/2007. Wien.